

Preis: DM 4,-

Das zweite Jahrzehnt

FRIEDENSARBEIT IN AUGSBURG



20 Jahre Augsburger Friedenswochen

Rückblick auf die letzten 10 Jahre Friedensarbeit in Augsburg

Augsburger Friedensinitiative (AFI)

Editorial

Die 20. Augsburger Friedenswochen sind ein Grund zum Feiern und – wie könnte es für eine kritische Vereinigung anders sein – auch ein Grund mit dieser Broschüre auf unsere Friedensarbeit zurückzublicken. Die ersten zehn Jahre der Augsburger Friedensinitiative (AFI) sind bereits in unserer 1989 erschienenen Broschüre „Zwischen Nachrüstung und Modernisierung - ein Jahrzehnt gemeinsamer Friedensarbeit in Augsburg“ zusammengefaßt. Die vorliegende Broschüre gibt eine Zusammenfassung des zweiten Jahrzehnts unserer Arbeit wieder. Sie behandelt die Augsburger Ostermärsche und Friedenswochen in den 90er Jahren und geht auf besonders bedeutende Aktivitäten der AFI, wie die Aktionen gegen den Golfkrieg, den Eurofighter 2000 und den Jugoslawienkrieg ein. Die einzelnen Aktionen der AFI von 1990 bis 1999 stellen wir in unserer Broschüre vor.

Wir würden uns freuen, wenn dieses Heft den einen oder anderen Leser ermutigt, sich mit Friedenspolitik zu beschäftigen und bei der AFI mitzuarbeiten. Die AFI trifft sich einmal im Monat. Der genaue Termin und Ort ist der lokalen Presse unter Vereinen/Organisationen zu entnehmen oder bei uns zu erfahren.

*Karl Augart · Klaus Länger · Andreas Mayr
Klaus Stampfer · Stefan Weißenburger*

Anzeige

**AUGSBURGER ZEITUNG
FÜR SOZIALE THEMEN**

Erhältlich im Straßenverkauf
für 2,80 DM, davon 1,50 DM
für den Verkäufer

Redaktion "1055"
c/o Wärmestube
Klosterhofstr. 12
86152 Augsburg
Tel.: 08121-155152

Herausgeber:
Für ein
miteinander Wohnen
und Leben e.V.

1055



Inhalt

Vorwort/Inhalt	3
20. Augsburger Friedenswochen	4
Rückblick auf 20 Jahre Friedensarbeit in Augsburg	
Augsburger Ostermärsche	6
Themen der letzten 10 Jahre	
Friedenswochen in Augsburg	8
Veranstaltungen und Themen der letzten 10 Jahre	
Der Krieg in Jugoslawien	10
Motive, Hintergründe, Aktionen	
Golfkrieg	12
Die Menschenrechte und das Öl	
Jäger 2000	13
Eine unendliche Geschichte	
Aus Medien und Politik	16
Aktuelles	17

Impressum

Verantwortlich:

Augsburger Friedensinitiative (AFI)
c/o Klaus Stampfer
Hauptstraße 23a · 86486 Bonstetten
Telefon: 0 82 93/16 92

Grafische Gestaltung:

Gestaltungsbüro Dolleschel
Telefon: 08 21/9 56 64

Bankverbindung:

AFI Sonderkonto Andreas Mayr,
Raiffeisen-Volksbank Augsburg
KTO 106 600 131 · BLZ 720 601 00

Die 20. Augsburger Friedenswochen

20 Jahre Friedensarbeit in Augsburg

Im November 1999 führt die Augsburger Friedensinitiative (AFI) die 20. Augsburger Friedenswochen durch. In über 250 Veranstaltungen mit zusammen fast 10.000 Besuchern wurde während der letzten 20 Jahre über friedenspolitische Themen informiert und diskutiert. Ihren Ursprung fanden die Augsburger Friedenswochen 1980 in der Initiative des Arbeitskreises „Frieden“ im Schülerreferat des Bischöflichen Jugendamtes Augsburg. Inzwischen sind die jedes Jahr im November stattfindenden Friedenswochen ein fester Bestandteil der Friedensarbeit in Augsburg geworden. Die in den Friedenswochen angebotenen Veranstaltungen wurden von der AFI und den darin mitarbeitenden Organisationen organisiert und durchgeführt.

Gegen Mittelstreckenraketen

Die 20. Augsburger Friedenswochen sind auch ein Anlaß, auf 20 Jahre Friedensarbeit in unserer Stadt zurückzublicken. Die Aktivitäten Anfang der 80er Jahre waren von den Aktionen der wiedererstarkten Friedensbewegung gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa bestimmt. In Massenkundgebungen konnten bundesweit bis zu 500.000 Menschen mobilisiert werden. Aus Augsburg nahmen bis zu 1400 Menschen an

den Demonstrationen in Bonn oder bei der Menschenkette von Ulm nach Stuttgart teil. Für die Partei der Grünen war die Friedensbewegung eine ihrer wichtigsten Wurzeln.

Forderung ging in Erfüllung

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurden die in Mitteleuropa stationierten Mittelstreckenraketen wieder abgezogen und damit die unmittelbare Gefahr eines Atomkrieges verringert. Eine der wichtigsten Forderungen der Friedensbewegung ging in Erfüllung. Die Friedensbewegung der 80er Jahre war von einem breiten politischen Spektrum getragen, das von den christlichen, pazifistischen und antifaschistischen Organisationen, den Grünen und dem ökologischen Spektrum, über Teile von SPD und Gewerkschaften, bis zu sozialistischen und kommunistischen Parteien und Organisationen reichte.

Nach den weltpolitischen Veränderungen 1989 und 1990 und dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus verschwanden viele Organisationen des sozialistischen und kommunistischen Spektrums. Viele ihrer Mitglieder zogen sich ins Private zurück und resignierten. Nur wenige Organisationen und Parteien aus diesem Spektrum konnten den Wandel stark geschwächt überstehen. Die Friedensbewegung wurde dadurch geschwächt. Andere Organisationen und Parteien orientierten sich neu. Die Grünen konzentrierten sich auf die Mandats- und Parlamentsarbeit und zogen sich zunehmend aus der aktiven Friedensarbeit zurück. Für SPD und Gewerkschaften waren die Friedensfragen nur noch Randthemen.



Flugblatt zu den 20. Augsburger Friedenswochen 1999

Für den Großteil der Bevölkerung waren mit dem Wegfall des Feindes im Osten die Auseinandersetzungen mit Friedensfragen in den Hintergrund und mit der Verschärfung der sozialen Probleme und steigender Arbeitslosigkeit andere Themen in den Vordergrund gerückt. So ist auch zu erklären, dass die Anfang der 90er Jahre von pazifistischen Organisationen gestartete Kampagne zur Abschaffung der Bundeswehr (BRD ohne Armee) auf nur geringe Resonanz stieß. Dennoch löste der Golfkrieg 1991, finanziell und logistisch durch die Kohl-Regierung unterstützt, mit der Möglichkeit, dass Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg erstmals wieder militärisch in einen Krieg hineingezogen werden könnte, anfangs Verunsicherung und Empörung aus. An den ersten Demonstrationen gegen den Golfkrieg beteiligten sich in Augsburg bis zu 2000 Menschen.

Kriegspropaganda in den Massenmedien

Doch dann mußte auch die Friedensbewegung die Erfahrung mit einer von allen Massenmedien getragenen Kriegspropaganda machen. In nur wenigen Tagen schlug die Stimmung soweit um, dass wir uns bei Infoständen die völlig irrationale Anschuldigung

Friedensarbeit 1990

- Ostermarsch mit Kundgebung in Augsburg und Fahrt nach Schrobenhausen (MBB)
- Mitaufrufer zur Berliner Compagnie
- Augsburger Friedenswochen

gung anhören mußten, die Friedensbewegung sei Schuld am Golfkrieg, weil sie das Giftgas an den Irak geliefert hätte. Der Golfkrieg 1991 stand am Anfang einer Entwicklung, die für die 90er Jahre bezeichnend ist: Kriege wurden wieder Instrumente zur Durchsetzung politischer Ziele. Schritt für Schritt wurde die Bevölkerung an den Kriegseinsatz der Bundeswehr gewöhnt.

Wandel von SPD und Grünen

Am Ende dieser Entwicklung stand 1999 der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien, erstmals nach dem zweiten Weltkrieg mit voller Beteiligung der Bundeswehr. Gegen die Warnungen und Proteste der stark reduzierten Friedensbewegung wurden anfangs der 90er Jahre die Weichen zu dieser militarisierten Außenpolitik gestellt. Verbunden war diese Entwicklung auch mit dem Wandel bei SPD und vor allem bei den Grünen. Bereits im Bürgerkrieg in Bosnien zeigte sich, dass Teile der Grünen ihre pazifistische Programmatik nie aufgearbeitet und verstanden hatten. Unter den Eindrücken des Krieges folgten sie der offiziellen Kriegsrechtfertigung. Andere Teile der Grünen sahen in den friedenspolitischen Wurzeln ein Hindernis auf dem Weg zur Macht. So bezogen z.B. die Grünen in Augsburg nicht mehr eindeutig Stellung gegen den Eurofighter 2000, für den im Augsburger DASA-Werk Teile gefertigt werden, wegen der Befürchtung, dass eine Ablehnung Stimmen

Friedensarbeit 1991

- Diskussion bei der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Untere Stadt zu Out-of-Area-Einsätzen der Bundeswehr
- Beteiligung an einer Podiumsdiskussion in Diedorf
- Beteiligung an der Veranstaltung zum Antikriegstag
- Augsburger Friedenswochen

bei der Kommunalwahl kosten könnte. Mit der Unterstützung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien haben sich die Grünen nun endgültig ihres pazifistischen Flügels entledigt und sind ins Lager der Kriegsbefürworter gewechselt.

Totgeschwiegen aber doch lebendig

Wie stellt sich nun die Friedensbewegung nach diesen 20 Jahren Friedensarbeit dar? Im Bundestag zählen nun alle Parteien, mit Ausnahme der PDS, zu den Kriegsbefürwortern. Außerparlamentarisch sind noch wenige linke, pazifistische und christliche Organisationen geblieben, die eine von den Medien ignorierte Friedensbewegung stellen. Verglichen mit Beginn der 80er Jahre ist die Friedensbewegung stark reduziert, aber nicht tot, wie die vielen und vielfältigen Aktionen von März bis Juni 1999 gegen den Krieg in Jugoslawien zeigten.

Wie steht es mit der Friedensbewegung in Augsburg und was hat die AFI erreicht? Die AFI hat mit ihren Aktivitäten ein Gegenpotential zur Rüstungspolitik dargestellt. Sie hat in zahlreichen Veranstaltungen die Informationen weitergegeben, die von den Medien verschwiegen wurden, sie hat Menschen motiviert, politisch aktiv zu werden, sie hat aufgezeigt, dass es Menschen gibt, denen Krieg und Unrecht nicht gleichgültig sind und die etwas dagegen tun, sie war und ist ein Stück Gegenöffentlichkeit. Die AFI hat den Nachweis erbracht, dass politische Organisationen aus unterschiedlichsten Spektren über zwei Jahrzehnte lang zusammenarbeiten können.

Konkreter Erfolg

Es gab aber auch einen konkreten Erfolg, an dem die AFI unmittelbar beteiligt war: 1989 war geplant, im Derchinger Forst ein Munitionsdepot zu bauen und dazu 22 Hektar Wald zu roden. Mit dem Ostermarsch der AFI 1989 in den Derchinger Forst wurde

Zwischen »Nachrüstung« und »Modernisierung«

Ein Jahrzehnt gemeinsame Friedensarbeit in Augsburg



Titel der Broschüre zu den 10. Augsburger Friedenswochen

die Öffentlichkeit auf den Bau aufmerksam gemacht. Ein nach dem Ostermarsch initiiertes Aktionsbündnis, in dem alle Parteien vertreten waren, konnte den im Sommer 1989 geplanten Rodungsbeginn um ein Jahr hinauszögern. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und dem Wegfall des Gegners im Osten bestand 1990 keine Notwendigkeit mehr für das Munitionsdepot. Das Naherholungsgebiet Derchinger Forst konnte somit erhalten werden.

Heute wird die AFI von folgenden Organisationen unterstützt: Pax Christi, Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Freundschaftsgesellschaft BRD/Cuba, VVN, PDS, DKP, KAZ, Frauenprojektgruppe. Die Bedeutung der Organisationen in der konkreten Arbeit ist zurückgegangen und die der Einzelpersonen hat zugenommen.

In diesem Jahrhundert hat die Friedensbewegung schon mehrere Auf- und Abschwünge erleben müssen. Doch solange es Kriege gibt, und damit müssen wir in der nächsten Zukunft verstärkt rechnen, wird es Menschen geben, die dagegen ankämpfen werden. Für diese Menschen wird die AFI auch weiterhin das Forum in Augsburg sein.

1994

Wieder gab es eine Veranstaltung auf dem Moritzplatz und eine anschließende Demonstration mit der Forderung, die deutsche Wirtschaft durch gezielte Förderung der Rüstungskonversion zu entmilitarisieren und die Mittel dafür nach dem Verursacherprinzip aus dem Verteidigungshaushalt bereitzustellen. Ebenso wurde die Regierung aufgefordert, unverzüglich die Entwicklung des „Jäger 90“, bzw. dessen Nachfolgemodell „EFA 2000“ einzustellen, Rüstungsexporte zu verbieten, die Bundeswehr abzubauen und daraus folgend ganz aufzulösen, für eine Ächtung und Vernichtung aller Atomwaffen einzutreten, uneingeschränktes Asylrecht für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus dem ehemaligen Jugoslawien zu gewähren und auf das Nato-Mitglied Türkei einzuwirken, dass der Krieg gegen das kurdische Volk beendet werde.

1995

Der Ostermarsch 1995 befaßte sich mit den Themen Kurdistan, Landminen, „Jäger 90“ und Out-of-area-Einsätzen der Bundeswehr. Nach der Auftaktkundgebung auf dem Moritzplatz fand eine Demonstration durch die Innenstadt statt, die mit einer Abschlußkundgebung endete.

Augsburger Friedensinitiative (AFI)

Augsburger Ostermarsch

Ostersonntag
15.4.1995

10.00 Uhr
Moritzplatz



Es hatte sich ein Strudel von Blut zu röhren
Der ihnen nicht gehörte, dem noch dem.
Sie waren, heißte, gezwungen, sich zu töten.
Ich glaub's, ich glaub's. Und frag nur noch: von wem?

„Ein deutscher Soldat steht über
einem sterbenden Gegner, das er zu
verschieden gerufen hat. Der Gegner
hatte sich im Kampfplatz verstanden
und auf U.S.-Truppen gefeuert.“

Aus: Bert Brecht - Kriegsbild

1996

Der Aufruf spricht für sich:

DIE DEUTSCHE ARMEE MARSCHIERT WIEDER



*Wir auch!**

*Ostermarsch '96

Samstag 6.4.96
10 Uhr, Königsplatz

AFI Augsburger Friedensinitiative
Treffen: Jeden ersten Montag im
Monat, 20 Uhr in der Kresslesmühle

1997

„Statt eine Politik der Aufrüstung zu betreiben, sollten die Rüstungsmilliarden dazu verwendet werden, wieder soziale Sicherheit zu schaffen.“: so das Motto. Auch wurde das Bestreben der Nato-Staaten nach einer „Osterweiterung“ angeprangert, ebenso wie die Politik, die unter dem „humanitären“ Deckmantel weltweite Einsätze der Bundeswehr durchführt.



1998

„Jetzt die Weichen für eine neue Politik stellen“. Es bestand die Hoffnung, dass durch einen Politikwechsel die in den letzten Jahren geforderten Punkte wenigstens zum Teil umgesetzt werden würden, z.B. die Reduzierung der Militärausgaben, keine

Kriegseinsätze der Bundeswehr und statt dessen die Weichen für mehr soziale Gerechtigkeit gestellt würden. Eine weitere Forderung lautete: Uno und OSZE sind durch demokratische Reformen in ihrer Unabhängigkeit zu stärken und vor Instrumentalisierung zu schützen.

1999

„Sofortiger Stop der Bombardierung Jugoslawiens“ war die zentrale Forderung der Kundgebung. Der Protest richtete sich gegen den Krieg im Kosovo und gegen die völkerrechtswidrige Bombardierung Jugoslawiens bei der die deutsche Bundeswehr erstmalig seit dem 2. Weltkrieg aktiv Bombenangriffe flog und damit sowohl das Völkerrecht, als auch das Grundgesetz brach, welches das Führen eines Angriffskrieges ausdrücklich verbietet.

Fazit

Inzwischen ist der Machtwechsel vollzogen, doch es weht ein kalter Wind durchs Land. Ein sozialdemokratischer Bundeskanzler führte – zusammen mit einem grünen Außenminister – Deutschland zum 3. Mal in diesem Jahrhundert, wieder in den Krieg. Die Grünen, ehemals traditionell mit der Friedensbewegung verbunden, geiferen um die Wette, um den in jeder Hinsicht illegalen Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen, Joschka Fischer relativierte dafür die Verbrechen von Auschwitz, Ludger Vollmer stellte die Kriegsgegner in die faschistische Ecke. Die Führung des DGB hielt es nicht für notwendig, gegen den Krieg, in dem die Kolleginnen und Kollegen in Jugoslawien um ihre Arbeitsplätze gebombt wurden, in dem Alte, Frauen, Kinder schonungslos von Natobomben ermordet wurden, aufzustehen. Dieser Krieg gilt zwar offiziell als beendet, aber Frieden brachte er nicht. Und auch alle zukünftigen Kriege werden keinen Frieden bringen. Aber eines haben wir daraus gelernt: An der Macht zu bleiben ist für Parteien wichtiger als das Versprechen: nie wieder Krieg.

Augsburger Friedenswochen

Veranstaltungen und Themen der AFI während der vergangenen zehn Jahre

Die Augsburger Friedenswochen werden von der AFI und den ihr angeschlossenen Organisationen geplant und durchgeführt. Es finden jedes Jahr Veranstaltungen zu aktuellen Themen statt. Die Schwerpunkte der Friedenswochen sind ein Spiegelbild der in der Friedensbewegung diskutierten Themen. Die folgende Übersicht gibt die Schwerpunkte und auszugsweise die Veranstaltungen der Friedenswochen wieder.

1990

Themenschwerpunkte:

Golfkrieg, Raketenblockade, Rüstung, Rüstungskonversion, Frieden und Gerechtigkeit

Veranstaltungen:

- Frieden schaffen ohne Waffen
AFI
- Raketen verschwinden – Urteile bleiben · *DFG-VK*
- Golfkrise – kurz vor dem 3. Weltkrieg? · *JUSO*
- Verelendung und Naturzerstörung als Ursachen künftiger Kriege, *Ärzte gegen den Atomkrieg*
- ... und morgen die ganze Welt
Pax Christi
- Workshop: Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod
ASTA, DFG-VK
- Großmacht Deutschland und der Frieden · *AFI*

Friedensarbeit 1992

- Ostermarsch Augsburg – Schrobenhausen (MBB)
- „Abrüstung und Rüstungskonversion“
- Augsburger Friedenswochen
- IPPNW „Aus der Angst zur Ermutigung“
- „Gedenkstunde für die Zukunft zum Volkstrauertag 92“

1991

Themenschwerpunkte:

Politische Situation in der Türkei, Irak, Sowjetunion, Jugoslawien, Abschaffung der Bundeswehr

Veranstaltungen:

- Türkei – ein Chile unterm NATO-Stern · *Antimilitaristische Werkstatt*
- Jugoslawien – Begreifen oder eingreifen?
Kommunistische Arbeiterzeitung
- Der Putsch, was nun? Zerfällt die Sowjetunion? · *Pax Christi*
- Weg mit der Bundeswehr aber nicht in alle Welt · *DFG-VK*
- Irak – die Zeit nach dem Krieg
AFI

1992

Themenschwerpunkte:

Weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr, Faschismus, Situation in Jugoslawien und Kurdistan

Vorträge, Veranstaltungen:

- Weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr
Antimilitaristische Werkstatt, DVG-VK
- Pflugschar für Kurdistan · *DFG-VK*
- Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien · *AFI*

- Lesung: Gedenkstunde für die Zukunft · *DGB, IGM, SPD, AFI, AWO, VVN-BdA*

- Deutsche an die Front? · *Pax Christi*

1993

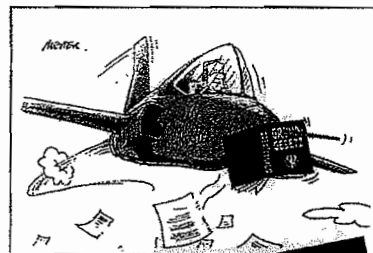
Themenschwerpunkte:

Weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr, Situation in Jugoslawien, neue Asylgesetzgebung, Rüstungskonversion

Veranstaltungen:

- Bundeswehr in alle Welt · *DFG-VK*
- Die Friedensverhandlungen im ehemaligen Jugoslawien
AFI
- Das neue Asylgesetz · *AK Asyl*
- Lernen aus der Rüstungskonversion
DFG-VK
- Ziviler Friedensdienst · *Pax Christi*

14. Augsburger Friedenswochen



30.10. bis 26.11.1993

AFI (Augsburger Friedensinitiative)

1994

Themenschwerpunkte:

Rüstungsexport, Weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr, Kriegsdienstverweigerung

Veranstaltungen:

- Rüstung umbauen, Rüstungsexport stoppen · *AFI*

- Ist Frieden noch ein Thema
gemeinsame Veranstaltung
- Militärmacht Deutschland?
Nationaler Größenwahn · *PDS*
- Kriegsdienstverweigerung
und Desertation in Jugoslawien
DFG-VK

1995

16. Augsburger Friedenswochen

2.11. bis 21.11. 1995
Augsburger Friedensinitiative
AFI

V.S.d.P.: Klaus Langen, Mittelwiesstr. 57a, 81179 Augsburg

Themenschwerpunkte:

Widerstand im 3. Reich,
Humanitäre Hilfe in Jugoslawien,
Weltweite Kampfeinsätze
der Bundeswehr, Asyl

Veranstaltungen:

- Die Weiße Rose · *AFI*
- Helfen statt Schießen – Hilfe in
Ex-Jugoslawien · *DFG-VK*,
Werkstatt Solidarische Welt
- Frieden schaffen doch mit Waffen?
AFI
- Jugoslawien – Drama ohne Ende?
Bündnis 90/Die Grünen
- Assyrisch-orthodoxe Christen
Geschichte – Verfolgung & Asyl
AK Asyl

1996

Themenschwerpunkte:

Ziviler Friedensdienst, weltweite
Kampfeinsätze der Bundeswehr,
Arbeit der AFI in Augsburg

Veranstaltungen:

- Friedenspolitische Vorstellungen
der PDS · *PDS*
- Kann ohne Kanone · *AFI*
- Das Balkan Peace Team
Pax Christi
- Tucholsky vor Gericht · *DFG-VK*
- Friedensarbeit in Augsburg · *AFI*
- Workshop: Medien · *AFI*

1997

Themenschwerpunkte:

Landminen, NATO-Osterweiterung,
Rüstungskonversion, Abschaffung
der Bundeswehr

Veranstaltungen:

- Alle Landminen abschaffen
AFI, medico international
- Freie Hand im Osten? –
Die NATO-Osterweiterung
PDS
- Rüstung und Arbeitsplätze
AFI
- Perspektiven für eine BRD ohne
Armee · *DFG-VK*

18. Augsburger Friedenswochen

31.10. bis 20.11.1997
Augsburger Friedensinitiative (AFI)

Wollen Sie weiterhin zusehen
– wenn die Bundeswehr weltweit eingesetzt wird – angeblich für „unsere Interessen“?
– wenn die Bundeswehr hochgerüstet wird, anstatt Schritte einzuleiten, um sie letztlich über-
flüssig zu machen?
In der AFI treffen sich Menschen, die gegen den Militarismus dieses Staates
aktiv sein wollen. Kommen auch Sie zu unseren monatlichen Versammlungen:
Jeden ersten Montag im Monat, 20 Uhr, im DGB-Haus, Schäferstr. 13 ½

1998

Themenschwerpunkte:

Gefahr von Rechts, Judenverfolgung,
Gewaltfreier Widerstand,

Veranstaltungen:

- Gefahr von Rechts – Ursachen und
Folgen · *AK Frieden, IGM, AFI*,
AstA Uni, DFG-VK, GEW
- Die Angst kam erst danach –
Jüdische Frauen im Widerstand
gemeinsame Veranstaltung
- Larzac – erfolgreicher gewaltfreier
Widerstand · *Pax Christi*
- Gedenken an den Pogrom
Israelitische Kultusgemeinde, DIG

1999

20. Augsburger Friedenswochen

1. November bis 8. Dezember 99
Donnerstag 4.11. 20.00 Uhr, BürgerInnenhaus Pfersee
Die AFI feiert 20 Jahre Augsburger Friedenswochen

Augsburger Friedensinitiative AFI

Themenschwerpunkte:

Krieg in Jugoslawien,
Feier zu „20 Jahre Augsburger
Friedenswochen“

Veranstaltungen:

- Gedenkveranstaltung für die Opfer
des Nationalsozialismus · *VVN*
- Dialog von unten statt Bomben von
oben · *AFI, GEW, IG-Medien*
- Elmar Schmäling: Die Bombar-
dierung Jugoslawiens durch die
Nato · *AFI, DFG-VK*
- UNO, OSZE und das Kosovo
Pax Christi
- Die wahren Helden des Jugo-
slawien-Krieges – ein Haus für
Deserteure · *DFG-VK*
- Aktionen gegen den Krieg –
am Beispiel Griechenlands
DKP, KAZ, PDS

Der Krieg in Jugoslawien

Motive – Hintergründe – Aktionen

Am 24. März 1999 griffen NATO-Kampfflugzeuge Jugoslawien an und das, zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, mit deren Beteiligung. Dieser völkerrechts- und grundgesetzwidrige Angriff wurde bereits am 12. Oktober 1998 beschlossen und propagandistisch im Januar und Februar 1999 mit den zum Scheitern angelegten Verhandlungen in Rambouillet vorbereitet. Dieser NATO-Angriff auf Jugoslawien hat die menschenrechtsverachtenden Massaker und Vertreibungen im Kosovo nicht verhindert, sondern durch den damit erzeugten Haß erst richtig angeheizt.

Die NATO selbst hat mit der Bombardierung Jugoslawiens eine humanitäre Katastrophe geschaffen und tausende Menschen getötet, Millionen Menschen mit der Zerstörung der Fabriken und Infrastruktur die Lebensgrundlagen genommen und die größte Umweltkatastrophe auf dem Balkan verursacht. Nach dem Ende der Kampfhandlungen konnten die vertriebenen Kosovaren zurückkehren. Aber mit der – trotz Anwesenheit der KFOR – erfolgten Vertreibung der serbischen Bevölkerung, ist das Kosovo nun endgültig zur „ethnisch gesäuberten Zone“ geworden.

Humanitäre Begründung ist nicht haltbar

Die von der Bundesregierung und anderen NATO-Staaten angeführte humanitäre Begründung für diesen Angriff ist nicht haltbar. Jonathan Eyal, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Verteidigungsfragen beim britischen Streitkräfteverband Royal United Services in London beurteilt das humanitäre Anliegen der NATO wie folgt: „In Wahrheit war die hu-

manitäre Rechtfertigung nie ernst gemeint, sondern sie war Ersatz für eine völkerrechtliche Rechtfertigung. Die NATO mußte erklären, warum sie ohne UNO-Mandat angegriffen hat.“¹

Machtdemonstration der Nato zum 50. Jahrestag

Prof. Michael Klare, amerikanischer Militärwissenschaftler und Kenner der amerikanischen Militärpolitik, ergänzt: „Präsident Clinton war entschlossen, den Kosovo-Krieg unter amerikanischer und unter NATO-Führung durchzuführen. Vor dem 50. Jahrestag der NATO wollte er Macht demonstrieren und einen militärischen Erfolg vorführen. Er wollte zeigen, daß die NATO nun in der internationalen Sicherheitspolitik die Führungsrolle hat und nicht die Vereinten Nationen, und so setzte er an den Vereinten Nationen vorbei den NATO-Einsatz durch. Das Kosovo ist Opfer all dieser amerikanischen Anstrengungen, die stattgefunden haben, d.h. das Thema Kosovo kam in dem Moment auf die Tagesordnung, als Mister Clinton eine große Demonstration in Sachen Neue NATO-Strategie suchte.“²

Out of area or out of business

US-Senator Richard Lugar weist noch auf ein weiteres Motiv für die NATO hin: „Die NATO braucht Aufgaben jenseits ihres angestammten Bereichs, sonst ist sie überflüssig: Out of area or out of business.“³

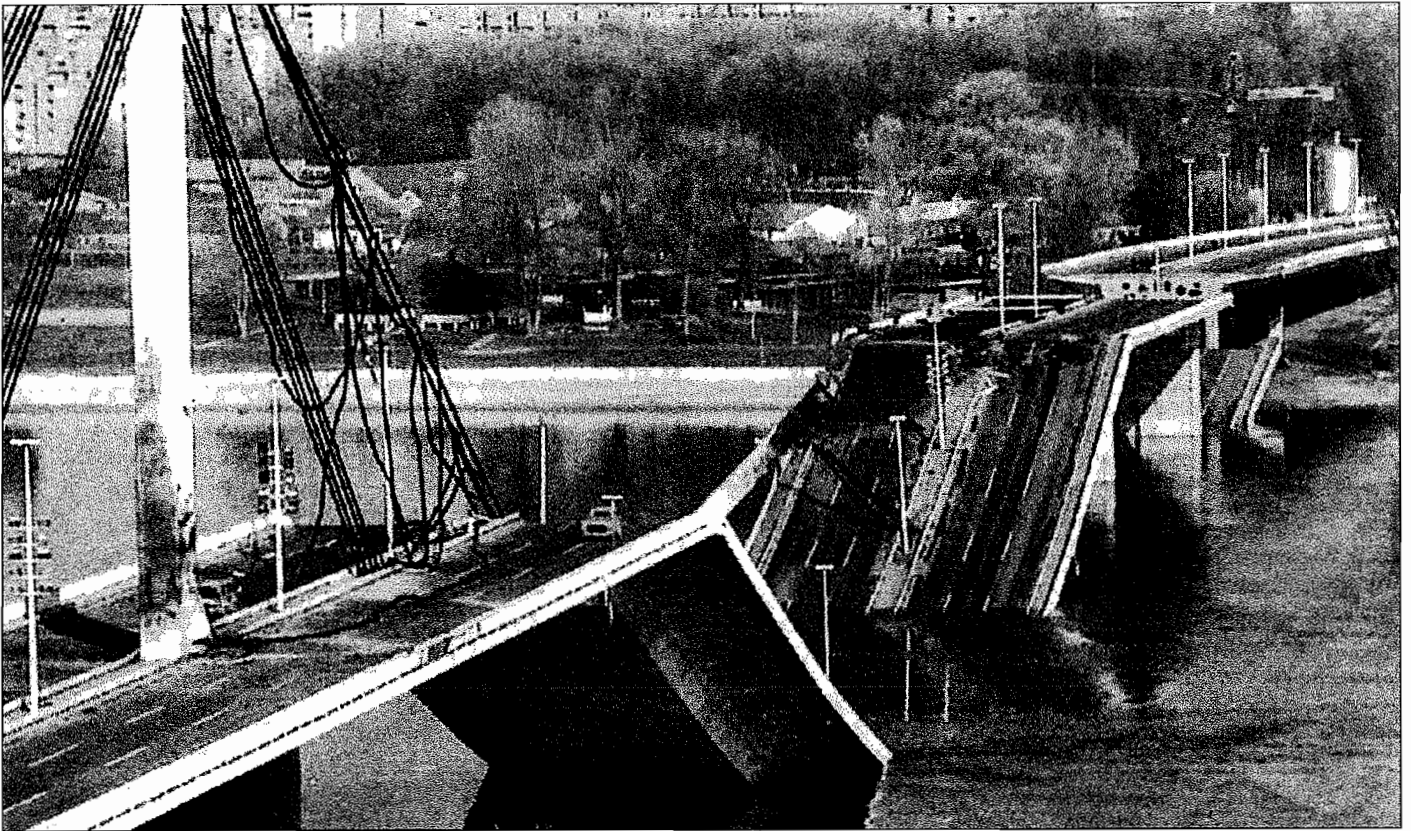
Außenminister Joschka Fischer hat in seiner Rede am 22.04.99 vor dem Bundestag zum 50. Jahrestag der Gründung der NATO einen wesentlichen Grund für den NATO-Angriff angeführt: „Bei dem Krieg im Kosovo

– ich möchte dies nochmals hervorheben –, geht es nicht nur um Moral und nicht nur um die schwerste Mißachtung der Menschenrechte, sondern im Kosovo geht es vor allem um die Frage, in welchem Europa der Zukunft wir leben wollen.

... Wenn ich mir anschauere, was die Nachbarländer dort wollen, so muß ich sagen: Sie wollen zur EU, und sie wollen Sicherheit in der NATO. Albanien, Mazedonien, Kroatien, Slowenien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien, alle diese Länder wollen in das Europa der Integration. Das ist der entscheidende Punkt. Milosevic steht hier gegen das Europa der Integration. Wenn man ihn machen läßt, dann wird das Europa der Integration in dieser Region dauerhaft gefährdet. Das ist neben den Menschenrechtsprinzipien, neben unseren Grundwerten der entscheidende Punkt dafür, warum Milosevic so nicht weitermachen kann und darf.“⁴ Fischer sagte damit, daß es um die Neugestaltung Europas geht und in diesem neuen Europa hat das letzte nicht kapitalistische System nichts zu suchen. Es muß zerschlagen werden.

AFI-Aktionen gegen den Krieg

Beginnend mit einer Mahnwache am 24. März 1999 war die AFI jeden Samstag bis zum Ende der Bombardierungen Mitte Juni mit Kundgebungen oder Demonstrationen in der Augsburger Innenstadt aktiv. Mit den Redebeiträgen bei den Kundgebungen, mit Flugblättern, mehreren Veranstaltungen und Rundfunk- und Fernsehsehinterviews versuchten wir, eine Gegenöffentlichkeit darzustellen und Informationen und Hintergründe zu diesem Krieg zu vermitteln. Die Teilnehmerzahl steigerte sich bis auf 300 bei der Kundgebung am Oster Samstag und fiel dann gegen Ende des Krieges auf ca 80 Teilnehmer. Die Augsburger Grünen beteiligten sich zu Beginn der Aktionen nur einmal mit einem Infostand und einem Redebeitrag. Hauptsächlich getragen wurden die Aktivitäten von pazifisti-



Von Nato-Bomben zerstörte Donaubrücke in Novi-Sad

Bild: Handelsblatt, 27.4.1999

schen und linken Organisationen und vielen nichtorganisierten Mitarbeitern der AFI.

Strafanzeige gegen die Bundesregierung

Am 06.04.1999 erstattete die AFI beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe Strafanzeige wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen die Mitglieder der Bundesregierung, gegen die Bundeswehrführung und gegen die an den NATO-Angriffen seit 24.03.1999 in Jugoslawien aktiv beteiligten Soldaten der Bundeswehr nach GG Art. 26 (Verbot des Angriffskrieges), §80 und §80a StGB, nachdem über 300 Augsburger BürgerInnen die Strafanzeige auf Unterschriftslisten unterstützt haben.

Die Strafanzeige der AFI wurde von dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof abgelehnt. In der Begründung für die Ablehnung der Strafanzeige wurde angeführt, daß „die für den Einsatz der Bundeswehr Verantwortlichen im Rahmen des ih-

nen zustehenden politischen Ermessens zusammen mit ihren Bündnispartnern ausschließlich in dem Bestreben gehandelt (haben), eine völker- und menschenrechtswidrige Unterdrückung und Vertreibung der Kosovo-Albaner abzuwenden und zu beenden“. Als Nachweis für dieses Bestreben wurde die Erklärung von Bundeskanzler Schröder vom 26. März 1999 vor dem Deutschen Bundestag angeführt. Die von dem Handelnden abgegebene Erklärung seines eigenen Tuns ist für die Generalbundesanwaltschaft der Maßstab zur Beurteilung einer Straftat. Danach kann nur eine so dumme Regierung, die öffentlich erklärt „wir führen einen verfassungswidrigen Angriffskrieg“ nach GG Art. 26 bestraft werden. Legt man diesen Maßstab an die Kriegsverbrechen dieses Jahrhunderts an, so gibt es keinen Krieg, der demnach eine Straftat gewesen ist. Selbst Hitler hat den Überfall auf Polen am 1. September 1939 nicht als Angriffskrieg erklärt, sondern ihn als Abwehrreaktion auf die angeblichen Grenzverletzungen durch die Polen dargestellt.

Verglichen mit den Protesten gegen den Golfkrieg 1991 zeigt sich deutlich, dass die „step-by-step“ Strategie zum Gewöhnen der Bevölkerung an den weltweiten Einsatz der Bundeswehr in Kriegen, wie sie vom früheren Verteidigungsminister Scholz Anfang der 90er-Jahre erdacht und von der Kohl-Regierung umgesetzt wurde, die Wirkung nicht verfehlt hat. Unter der rot-grünen Bundesregierung sind nun Kriege wieder führbar geworden.

Fazit

Für die Friedensbewegung bedeutet dies, die Aufklärung über die Kriegsursachen wieder zu verstärken und die Bündniskräfte wieder zu sammeln. Die 20. Augsburger Friedenswochen tragen mit einigen Veranstaltungen dazu bei.

¹ *Spiegel* Nr 17/26.04.99 S. 158;

² *WDR-Sendung Monitor*, 22.04.1999;

³ *Spiegel* Nr 17/26.04.99 Seite 170;

⁴ <http://www.gruene-fraktion.de/aktuell/reden/neu/index.htm>

Schöne neue Welt-Ordnung

Bericht über den Golfkrieg

Am 2. Januar 1990 marschierten irakische Truppen in Kuwait ein. Vier Tage später verhängte die UNO Sanktionen gegen den Irak, die heute noch in Kraft sind. Bereits am 17. Januar, also elf Tage nach Inkrafttreten der Sanktionen greift eine Koalition unter Führung der USA den Irak mit Raketen an, massive Bombenangriffe folgen. Am 26. Februar 1991 übernehmen alliierte Truppen schließlich die Kontrolle in Kuwait. Hinter diesen nüchternen Daten und Fakten verbergen sich mindestens 250000 Tote auf irakischer Seite, die der Krieg unmittelbar das Leben gekostet hat, und etwa 800000 Menschen, darunter viele Kinder, die als Folge des Embargos und der im Krieg zerstörten Infrastruktur verhungert sein sollen. Dazu kommen weitreichende Umweltschäden im Irak und in Kuwait und eine dramatisch gestiegene Krebsrate unter der irakischen Bevölkerung.

Krieg für Menschenrechte

Begründet wurde der Angriff auf den Irak mit der außergewöhnlichen Be-

drohung von Demokratie und Völkerrecht, die vom Irak ausgegangen sei und den US-Präsidenten Bush zu der Bemerkung veranlaßte, die Welt könne „nicht mehr länger warten“.

Der wahre Grund: Öl

Ohne Zweifel war die Invasion Kuwaits durch den Irak ein barbarischer und völkerrechtswidriger Akt und auf jeden Fall ist Saddam Hussein ein Diktator, der sein eigenes Volk brutal unterdrückt. Aber als der Irak 1980 die iranische Ölprovinz Kuhistan überfiel und das Nachbarland mit einem acht Jahre dauernden Krieg überzog, haben die USA und ihre Verbündeten dafür gesorgt, daß die UNO keine Resolution verabschiedete und den Irak materiell unterstützt. Und Demokratie? Diese gab es weder in Kuwait noch in Saudi-Arabien. Gleiches beim Völkerrecht: Seit über zwanzig Jahren hält Israel Teile Jordaniens, des Libanon und Syriens besetzt und verweigerte zum Zeitpunkt des Golfkrieges den Palästinensern noch kategorisch das Recht

auf einen eigenen Staat. Daran konnten auch 140 UN-Resolutionen nichts ändern. Syrien wiederum hatte und hat einen großen Teil des Libanon besetzt, Marokko die Westsahara und in der Türkei wurden und werden die Kurden verfolgt. In all diesen Fällen hielt der Westen, von gelegentlichen Sonntagsreden abgesehen, still. Warum also ausgerechnet der Irak? Ein wesentlicher Grund für den Angriff auf den Irak fand sich unter dem Wüstensand. Dort liegen etwa 70 % der gesicherten Erdölvorräte der Welt. Zudem sind die Ölvorkommen am Golf ungleich einfacher und auch günstiger zu fördern, als etwa in der Nordsee oder in Sibirien. Und eben dieses Öl sollte nicht unter die Kontrolle des aus der Sicht des Westens unzuverlässigen Saddam Hussein geraten. Daneben haben natürlich noch andere Gründe eine Rolle gespielt, etwa die amerikanische Innenpolitik, die Erprobung der neuen NATO-Strategie oder die Situation Israels angesichts einer irakischen Bedrohung.

Kein Blut für Öl

Kein Blut für Öl: das war wohl die am meisten gebrauchte Slogan bei Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Krieg. Die noch aktiven Friedensgruppen waren vor-



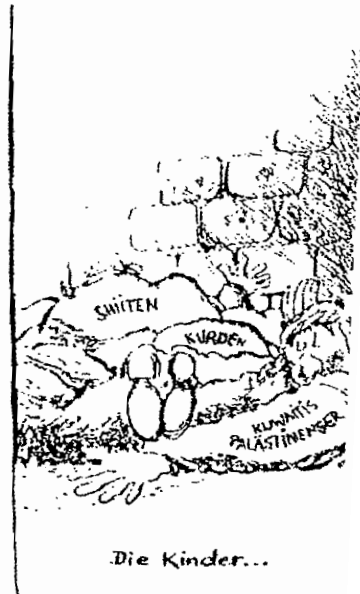
Die Mutter aller Schlachten



Die Mutter aller Niederlagen



Die Mutter aller Siegesparaden



Die Kinder...

Deutschland und die Aufrüstung des Irak

Die Bundesregierung hat in den 80er Jahren der legalen und illegalen Lieferung von Laborgeräten, Klimaanlage, Chemietechnik und den Grundstoffen zur Herstellung von Giftgas tatenlos zugesehen. Nur mit Hilfe deutscher Firmen war Hussein Anfang der 80er Jahre in der Lage, das Giftgas herzustellen, das dann z.B. 1988 in der nordirakischen, von Kurden bewohnten Stadt Halabja gegen aufständische Kurden und die Zivilbevölkerung gnadenlos eingesetzt wurde. Die deutschen Firmen waren: Karl Kolb, Pilot Plant, Thyssen Rhestahl, Rhein-Bayern Fahrzeugbau. Außerdem soll, so der Geheimdienstexperte Schmidt-Eenboom, die „vom BND angeleitete Firma Telemit“ „für etwa 100 Millionen Mark zum Teil falsch deklarierte Rüstungsgüter mit Wissen und Erlaubnis der Bundesregierung an Saddam Hussein geliefert“ haben.

Ausmaß des Protestes zunächst selbst überrascht. Auch in Augsburg kamen noch vor dem Beginn der Bombenangriffe mehrere Tausend Menschen zu den samstäglichen Demonstrationen zusammen, um sowohl für den Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait, als auch für eine friedliche Lösung des Konflikts zu demonstrieren. SchülerInnen und StudentInnen organisierten eigene Aktionen gegen den Krieg. Auch während des Unistreiks für bessere Studienbedingungen war der Golfkrieg zunächst ein zentrales Thema. Soldaten und vor allem Reservisten kamen plötzlich in die Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer, um nun doch zu verweigern. An der Entschlossenheit der westlichen Regierungen, statt auf weitere Verhandlungen und die Durchführung der Sanktionen auf Bomben zu setzen, konnten jedoch alle Proteste nichts ändern.



Der Eurofighter: Die Metamorphose eines Kampffjets

Die Geschichte des Eurofighters, des neuen Kampffjets für die Luftwaffe, zeigt exemplarisch die Macht der Rüstungslobby in unserem Land. Ungeachtet der Sinnlosigkeit dieses Projekts, selbst vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, und der Ablehnung durch einen Großteil der Bevölkerung wurde die Beschaffung des teuersten Waffensystems in der Geschichte der Bundesrepublik durch den deutschen Bundestag beschlossen.

Der Eurofighter unter der Lupe

Der Eurofighter ist kein effektives Waffensystem. Es ist ein Kurzstrecken-Abfangjäger, erdacht auf der Höhe des Kalten Krieges, dessen Bedarf von den Ereignissen überholt wurde. Er hat eine sehr kurze Startvorbereitungsphase und muß von hochtechnisierten gehärteten Flugplätzen starten. Probleme bestehen zudem durch die zweifelhafte Software in seiner Zielortungs- und Navigationsausstattung und bis heute ungelöste Schwierigkeiten im Be-

reich der elektronischen Steuerung. Um den Preis zu drücken wurde die Maschine zudem auf das unbedingt notwendige Maß „abgespeckt“. Teure Programme zur „Kampfwertsteigerung“ und Modernisierung waren also schon vorprogrammiert, bevor noch das erste Flugzeug gebaut wurde. Geplant ist der Kauf von 180 Flugzeugen mit einem Systempreis von bis zu 170 Millionen DM pro Stück inkl. Bewaffnung laut einem

Friedensarbeit 1993

- Ostermarsch Augsburg
- Gesprächsrunden Kroaten/Serben
- Kundgebung, Demo und Infostände gegen den REP-Bundestag in Augsburg (Schwabenhalle)
- Infostand bei der DGB-Veranstaltung zum Antikriegstag
- Veranstaltung „Der deutsche Militarismus marschiert wieder“
- Augsburger Friedenswochen
- Aktionen zu der Veranstaltung am Volkstrauertag

Gutachten des Bundesrechnungshofes vom Sommer 97. Die deutschen Gesamtausgaben für das Rüstungsprojekt betragen somit gut 30 Milliarden DM! Es können genauso gut auch noch viel mehr sein, mit den üblichen Preissteigerungen und Folgekosten, wie man am Beispiel des Tornado gut sehen kann. Hinzu kommen die Nutzungskosten, welche erfahrungsgemäß noch einmal doppelt bis dreifach so hoch sein dürften wie die Beschaffungskosten. Die Entwicklungskosten für den Eurofighter sind nicht mit eingerechnet und belaufen sich schon jetzt auf mehrere Milliarden Mark.

Arbeitsplätze für Wenige

Das wichtigste Argument für den Eurofighter waren immer die Arbeitsplätze. Freilich stehen bis zu 9.000 Arbeitsplätze über 14 Jahre bei der Dasa (einer Daimler-Benz Tochter) und den Zulieferbetrieben auf dem Spiel. Dies ist unter anderem eine Folge der nicht ausreichenden Bereitschaft zur Rüstungskonversion (Umstellung auf zivile Fertigung) in den letzten Jahren, die viel sinnvoller gewesen wäre. Im Sozial-, Pflege-, Kultur- und Umweltbereich, im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie im Bereich ziviler Zukunftstechnologien lassen sich

anderen Städten. Vor allem von Gewerkschaften und SPD war hier keine Unterstützung zu erwarten und selbst die Grünen gaben sich zuletzt eher reserviert. So gelangte eine durch die AFI formulierte Diskussionsvorlage für den Augsburg Stadtrat, die von den Grünen eingebracht werden sollte, nie in dieses Gremium. Trotzdem haben die Augsburg Friedensinitiative (AFI) und Pax Christi einiges in Augsburg bewegt. Die Bandbreite der Aktionen ging von Veranstaltungen in den Friedenswochen über Unterschriftensammlungen bis hin zu einem Straßentheater.

Wie weiter?

Der Verteidigungsminister Rudolf Scharping, der 1997 noch zu den entschiedensten Gegnern



Bei dem Eurofighter handelt es zwar um das größte, aber nicht das einzige milliardenschwere Rüstungsprogramm der BRD. Gleichzeitig sind, auch unter Rot/Grün für Friedensforschung, Konfliktprävention und Zivilen Friedensdienst so gut wie keine Mittel vorhanden!

Friedensarbeit 1994

- Ostermarsch Augsburg
- Flugblatt-Verteilung gegen Rassismus
- Aktion zum Internationalen Kongress für Wehrmedizin
- Sommerfest der Augsburg Friedensinitiative
- Mahnwache zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Einsätzen der Bundeswehr in Jugoslawien (AWACS) und in Somalia.
- Augsburg Friedenswochen

jedoch mit den Eurofighter-Geldern das 1,5 bis 4fache an dringend benötigten Arbeitsplätzen schaffen. Letztlich ist der Eurofighter also sogar ein „Jobkiller“. Aber der soziale Sektor hat in der Bundesrepublik eben keine so tatkräftige und mächtige Lobby wie die Rüstungsindustrie. „Die Dasa hat sich durch ihre Größe ein gewisses Erpressungspotential zugelegt“, so schilderte unverblümt der Abgeordnete und Mitglied des Verteidigungsausschusses Thomas Kossendey (CDU) in einem Interview im Bremer Weser-Kurier am 17. Juni 1997 die Lage.

Protest gegen den Eurofighter in Augsburg

Augsburg ist ein Dasa-Standort. Daher war die Organisation des Protests gegen das Kampfflugzeug hier noch schwieriger als in den meisten

des Eurofighters zählte, bescheinigt dem Flugzeug heute eine militärische Notwendigkeit und redet von Vertragstreue. Auch von den Grünen, ehemals der Friedensbewegung nahestehend, ist kein Widerstand gegen das immens teure Rüstungsprojekt mehr zu erwarten. Die Arbeitsplätze, die durch die Beschaffung des Eurofighters momentan erhalten werden, stehen mit dem Ablauf der Fertigung aber genauso wieder zur Disposition, da eine notwendige Umwandlung in Arbeitsplätze für eine sinnvolle zivile Fertigung unterbleibt. Die mächtige Rüstungslobby wird dann genauso wieder mit dem Verlust von Arbeitsplätzen drohen, um das nächste teure und sinnlose Kampfflugzeug durchzusetzen.

Die unendliche Geschichte – vom Jäger 90 zum Eurofighter

1976

Erste Industriestudien der späteren Dasa-Tochterunternehmen MBB und Dornier zu einem neuen Kampfflugzeug, das ab 1990 für die Bundeswehr beschafft werden soll.

1981

Verteidigungsminister Hans Apel (SPD) erkennt die Notwendigkeit einer Ausgabensperre für das Taktische Kampfflugzeug (TKF).

1983

1983: Der neue Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU), reanimiert das TKF-Projekt unter der Bezeichnung „Jagdflugzeug 90/European Fighter Aircraft“ (EFA). Eine Vielzahl politischer und wirtschaftlicher Initiativen in Deutschland, Großbritannien und Frankreich folgen.

1984

Frankreich beschließt die Fertigung eines eigenen Kampfflugzeuges, dagegen beteiligt sich Spanien am Jäger-90-Projekt.

1986 (Oktober)

Die vier Partnerländer unterzeichnen das erste EFA-Grundlagenübereinkommen. Die Entwicklung des Flugzeugs erfolgt zu 33 Prozent in Großbritannien und Deutschland, zu 21 Prozent in Italien und zu 13 Prozent in Spanien. Am 1. November 1988 werden die Entwicklungsverträge unterzeichnet.

1991 (November)

Die Dasa drängt die Bundestagsabgeordneten zur Entscheidung pro Jäger 90. In den Folgejahren betreibt die Dasa eine extrem intensive Lobbypolitik gegenüber Hardthöhe, Verteidigungs- und Haushaltsausschuß.

1992 (Sommer)

Im Sommer berichtet der neue Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) berichtet der zuständigen Parlamentarbeitsgruppe, daß der EFA-Systempreis bei 133,4 Mio. DM liegen werde. Im August auf dem Madrider Ministertreffen erklärt Rühle: „Der Jäger 90 ist tot!“ Begründung: Die Kostenobergrenze von 90 Mio. DM werde deutlich überschritten, es bestehe Anpassungsbedarf an die neue sicherheitspolitische Lage. Rühle schlägt die Entwicklung einer abgespeckten Version des Jäger 90 vor. Im Dezember beugt sich Volker Rühle dem Druck der Dasa: Das Projekt EFA soll unter dem Namen NEFA (New European Fighter Aircraft oder Eurofighter) fortgeführt werden.

1994 (Juni)

Das Bundesfinanzministerium lehnt die Lieferung von MiG 29-Flugzeugen „unter Verrechnung mit den bilateralen Auslandsschulden Rußlands“ ab.

1996

Im Januar fordert der Verteidigungsminister im Verteidigungsausschuß erfolgreich die Modernisierung der Jagdbomberflotte und deshalb die zusätzliche Beschaffung 40 Eurofighter (als Geschwaderäquivalent Tornado) in der Version eines leichten Jagdbombers und im März offenbart der vertrauliche „Bericht zur Gesamtkonzeption Luftverteidigung“ den geplanten Out-of-Area-Einsatz des Eurofighter in „allen geographischen Einsatzzonen“.

1997

Im September empfiehlt der Bundesrechnungshof die Beschaffung von maximal 100 Maschinen; das Flugzeug sei noch nicht ausgereift und zu teuer. Trotzdem werden 1998 im Verteidigungshaushalt 847 Millionen DM für den Eurofighter bereitgestellt, für

die Folgejahre jeweils über eine Milliarde DM veranschlagt und im Oktober bewilligt das Bundeskabinett die Beschaffung von 180 Flugzeugen und im November beschließt der deutsche Bundestag über das Projekt des Jagd- und Kampfflugzeugs Eurofighter.

1998 (Oktober)

Bundestagswahl: Die neue Bundesregierung sieht sich an die geschlossenen Beschaffungsverträge gebunden.

2001

Die ersten EF sollen an die Partnerländer ausgeliefert werden.

2002–2012

Geplante Indienstellung der 140 Eurofighter-Abfangjäger bei der Bundesluftwaffe.

2012–2020

Geplante Indienstellung der 40 Eurofighter-Jagdbomber bei der Bundesluftwaffe.

Friedensarbeit 1995

- Ostermarsch in Augsburg
- Mahnwache zum Bundestagsbeschuß für die Entsendung von Soldaten der Bundeswehr und Tornado-Kampfflugzeugen zum Kriegseinsatz nach Bosnien
- Veranstaltung mit Unterschriftensammlung gegen den Eurofighter 2000
- Spontankundgebung vor dem Militärgelände in Lagerlechfeld zum ersten Einsatz deutscher Kampfflugzeuge in im Kriegsgebiet Jugoslawien
- Übergabe eines Antrags an die Augsburger Stadtratsfraktionen gegen den Bau des Eurofighters 2000
- Augsburger Friedenswochen

Parteien gegen den Krieg – oder was sind Wahllügen?

SPD, Bundestagswahl 1998:

Das globale Gewaltmonopol zur Sicherheit des Weltfriedens liegt ausschließlich bei den Vereinten Nationen. Die NATO ist und bleibt ein Verteidigungsbündnis.

Bündnis 90/Die Grünen, Bundestagswahl 1998:

Für eine Politik der Friedenssicherung wollen wir die Schaffung und die multinationale Einheit unterstützen, der die direkte Verfügungsgewalt der Vereinten Nationen und der OSZE unterstellt werden. Militärische Friedens erzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab.

Walther Stützle, Bundes- ministerium der Verteidigung:

„Das, was wir jetzt erleben an Einsatz durch NATO-Soldaten, ist doch die Wirkung, ist doch die Konsequenz aus diesem fortgesetzten Verstoß von Herrn Milosevic gegen das Völkerrecht, und deswegen würde ich sehr herzlich darum bitten, übrigens auch im Interesse der Soldaten, die diese gefährvolle Aufgabe auf sich nehmen, würde sehr herzlich darum bitten, nicht von NATO-Bombardierungen zu sprechen, weil mir das ein Schlagwort zu sein scheint, daß in dieser Situation gar nicht angemessen ist.“

Friedensarbeit 1996

- Ostermarsch in Augsburg
- Treffen Agenda 21
- Flugblattverteilung bei der Mai-Kundgebung des DGB
- Info-Stand auf dem Martin-Luther-Platz zu Landminen
- Straßentheater gegen den Eurofighter 2000
- Augsburger Friedenswochen
- Mahnwache gegen den Bundeswehreininsatz in Bosnien und für ein Bleiberecht der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien

Rollt er oder rollt er nicht?

Panzerlieferung an die Türkei ist eine Fehlentscheidung!

Pressemitteilung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DieGrünen, 20.10.1999

Zur Entscheidung des Bundessicherheitsrates, den Leopard II an die Türkei zu liefern, erklären Christian Sterzing, außenpolitischer Koordinator, Angelika Beer, verteidigungspolitische Sprecherin, und Claudia Roth, menschenrechtspolitische Sprecherin: Die Entscheidung des Bundessicherheitsrates, zu Testversuchen einen Leopard II an die Türkei zu liefern, wird von uns mit Ensetzen zur Kenntnis genommen.

In der Koalitionsvereinbarung wird eindeutig der Vorrang der Menschenrechte bei Rüstungsexporten betont. Auch wenn es sich lediglich um eine Vorentscheidung handelt, sind die Weichen in die falsche Richtung gestellt. Der Glaube, dass die

Lieferung der Panzer an die Türkei die türkische Regierung und das Militär dazu bewegen kann, die Menschenrechte zu achten und in der Kurdenfrage beweglicher zu werden, ist eine Illusion. Darüber hinaus ist es fatal, den EU-Kandidaten-Status jetzt auch noch als Begründung für Rüstungslieferungen zu nehmen. Die Politik der Bundesregierung sollte darauf hinwirken, dass sich die Türkei demokratisiert und der Kurden-Konflikt friedlich gelöst wird. Mit dieser Politik entzieht sich die Bundesregierung die Mittel zur Erreichung dieser Ziele. Angesichts der heutigen Entscheidung ist eine Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien umso notwendiger.

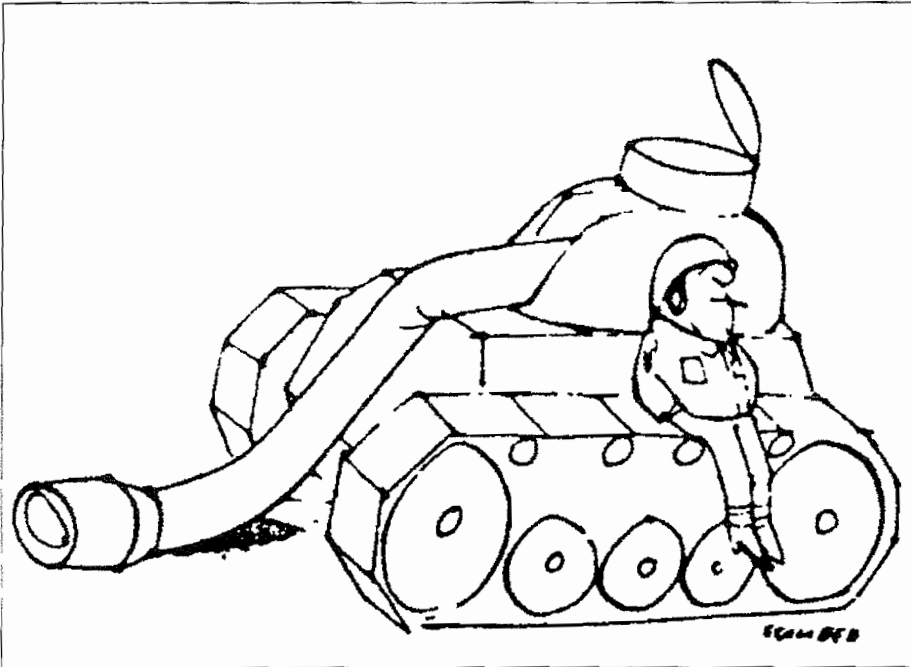
Und der Panzer rollt doch in Richtung Türkei

aus „Spiegel online“, 26.10.1999

Zeitweise haben die Grünen in den letzten Tagen den Eindruck vermittelt, das Fortbestehen der Koalition stehe wegen der Lieferung eines Test-Leopards an die Türkei auf dem Spiel. Jetzt ist die mit Spannung erwartete Krisensitzung vorüber und alles bleibt beim Alten. Die Türkei bekommt ihren Panzer, über alles andere wird im Jahr 2001 geredet. Das Einlenken der Grünen im Panzerstreit bewertete Vorstandssprecherin Gunda Röstel im ARD-„Morgenmagazin“ am Dienstag allerdings als Erfolg. Da die Koalition jetzt die Rüstungsexportrichtlinien überarbeiten werde und die Lieferung von 1000 Leopard-II-Panzern an die Türkei von einer deutlichen Verbesserung der Menschenrechte in dem Land abhängig gemacht werde, sei sie „verhalten optimistisch“, sagte Röstel. Sie gehe davon aus, dass es im Jahr 2001 nicht zu einer Lieferung kommen werde, wenn sich die Men-

schenrechtslage in der Türkei bis dahin nicht drastisch geändert habe.

Die Grüne Fraktionssprecherin Kerstin Müller betonte bei der gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss an die Krisensitzung, die Entscheidung für die Lieferung eines Testpanzers sei falsch gewesen. „Aber wir wollten auf eine gemeinsame Linie zurückfinden.“ Es sei klar, dass alle neuen Exportgenehmigungen auch unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechtssituation fallen müssten. Dies gelte auch schon für einen möglichen Antrag der Türkei auf die Panzer. Verbessere sich an der jetzigen Menschenrechtssituation nichts, habe der Nato-Partner keine Chance auf eine Lieferung. Mit dieser Absprache wird nach Ansicht von Müller die von den Grünen angekündigte Kampagne gegen die Rüstungsexporte überflüssig.



Endlich Büchsenbier für UN-Soldaten

laz Nr. 5974 vom 26.10.1999

Für die Soldaten der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Osttimor, Interfet, ist jetzt auch der Biernachschub gesichert. Dies teilte der Militärsprecher der Truppe, Kelly, mit. Allerdings

sollten nur diejenigen Bier erhalten, denen laut Dienstvorschrift der Alkoholenuss bei Auslandseinsätzen erlaubt sei. Pro Soldat werde es höchstens zwei Büchsen Bier pro Tag geben.



Demonstranten fordern Stopp des NATO-Bombardements

„Sofortiger Stopp der NATO-Angriffe auf Jugoslawien“ und Rückkehr an den Verhandlungstisch, mit diesen Forderungen gingen am Samstag erneut Demonstranten auf die Straße. Knapp 140 Teilnehmer kamen zur Demo am Königsplatz, die von der Augsburger Friedensinitiative organisiert worden war. Das dreiwöchige Bombardement der NATO habe die Ver-

treibung der Kosovo-Albaner nicht stoppen können, kritisierten die Redner. Hauptleidtragende sei die Zivilbevölkerung. Die Kundgebung war von heftigen Zwischenrufen serbischer Zuhörer und Diskussionen zwischen Befürwortern und Gegnern der NATO-Strategie begleitet. Jeden Freitag wird es um 18.30 Uhr eine Mahnwache von Pax Christi geben.

Friedensarbeit 1997

- Fahrt zur Wehrmachtsausstellung nach München
- Ostermarsch in Augsburg
- Veranstaltung mit Jürgen Grässlin „Lizenz zum Töten?“
- Veranstaltung mit medico international zu Landminen
- Augsburger Friedenswochen
- Aktion vor dem SPD-Büro und Gespräch mit Prof. Pfaff zum Eurofighter 2000

Friedensarbeit 1998

- Beteiligung an der Veranstaltung zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“
- Osteraktion in Augsburg
- Veranstaltung mit Dr. Detlef Bald zu „Das braune Problem der Bundeswehr“
- Aktion zur Verabschiedung der US-Armee aus Augsburg
- Augsburger Friedenswochen

Friedensarbeit 1999

- Mahnwache zum Angriff der NATO auf den Irak
- Eva Bulling (PDS) zur Friedenspolitik der rot-grünen Bundesregierung
- Reiner Erben (B90/Die Grünen) zur Friedenspolitik der rot-grünen Bundesregierung
- Spontankundgebung gegen den Krieg in Jugoslawien
- 27. März – 12. Juni 1999: Jeden Samstag Kundgebung oder Demonstration gegen den Krieg in Jugoslawien
- Osteraktion und Kundgebung gegen den Krieg in Jugoslawien
- Diskussionsveranstaltung mit der IG-Metall zum Krieg in Jugoslawien
- Diskussion zu „Nationalismus - Internationalismus“
- Fahrt zu den Antikriegsveranstaltungen nach München
- Augsburger Friedenswochen



Offener Brief an den Präsidenten der Russischen Föderation Herrn Boris Jelzin

Krieg in Tschetschenien

Bonn, 6.10.1999 (Auszüge)

Sehr geehrter Herr Präsident,

wir bitten Sie dringend, den Krieg, der von russischen Soldaten in Tschetschenien geführt wird, sofort zu beenden und politische Verhandlungen mit der gewählten Regierung des Landes aufzunehmen. Der Krieg, der sich angeblich gegen islamistische Rebellen und Partisanen richtet, trifft in Wirklichkeit die Bevölkerung, die zu Tausenden aus dem Land und ins Elend des Hungers und des russischen Winters fliehen muß. Gleichzeitig zerstören ihre Militäreinheiten die Infrastruktur Tschetscheniens, so daß die Lebensgrundlagen dieses armen Volkes auf unabsehbare Zeit schwer geschädigt werden. Wie sagte damals der US-General May im Vietnam-Krieg: „Wir werden die Vietnamesen in die Steinzeit zurückbomben.“

Das kann doch nicht Ihr Ziel sein, Herr Präsident? Deshalb stoppen Sie den Krieg! Rußland hat zurecht gegen den Bombenkrieg der NATO gegen Jugoslawien protestiert und dann doch eine Rolle der politischen Vermittlung übernommen. Wir als Dachverband der deutschen Friedensbewegung und als Teil der Menschenrechtsbewegung haben uns ebenfalls gegen den militärischen Austrag des Kosovo-Konfliktes gewandt und leidenschaftlich für eine zivile, friedliche Lösung plädiert. Mit dem Angriff und der Bombardierung Tschetscheniens entsteht bei uns der Eindruck, Sie würden nun die Methoden der NATO als militärische Interventionsmacht übernehmen. ... Die Zerstörung der Lebensgrundlagen eines kleinen Kaukasus-Landes mit überlegener Kriegstechnologie ist kein Zeichen von Stärke, sondern eines der Hilfslosigkeit und Schwäche. ... Sie und Ihre Regierungen haben zutreffend immer wieder die Entfaltung einer gesamteuropäischen Friedensordnung angemahnt und sich auch deshalb gegen die Ost-Erweiterung der NATO gewandt. Dies ist eine politische Orientierung, die wir auch im Westen und in Deutschland immer gefordert und unterstützt haben. Die heutige OSZE sollte die organisatorische Grundlage für ein solches „gemeinsames Haus“ sein. ... Eine solche gesamteuropäische Friedensordnung wurde bisher von der NATO verhindert. Trotzdem ist an dem Ziel der Schaffung einer solchen Ordnung festzuhalten. Sehr geehrter Herr Präsident, seit der Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO geht das zynische und verharmlosende Wort von den „Kollateralschäden“ durch Europa. Die russische Propaganda zur Legitimierung des Krieges gegen die tschetschenische Bevölkerung klingt uns ebenfalls wie „Kollateralschäden“ in den Ohren. Das ist die Sprache der vermeintlichen Sieger, die sich um die Folgen ihres Krieges nur propangandistisch glauben kümmern zu müssen. Sie haben durch die sofortige Beendigung des Krieges die Chance, ein anderes, ein neues Bild von Rußland zu entwerfen und zu vermitteln: von einem Rußland, daß statt auf Kollateralschäden durch militärische Mordmaschinen, auf „Kooperationsnutzen“ durch geduldige Friedensgestaltung gegenüber allen nationalistischen Tendenzen setzt.

Hochachtungsvoll!

Andreas Buro, friedenspolitischer Sprecher des Komitees
für Grundrechte und Demokratie
Manfred Stenner, Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative



Uli Cremer/Dieter S. Lutz (Hrsg.)

Nach dem Krieg – ist vor dem Krieg

Konsequenzen und Lehren aus dem Kosovo-Krieg
144 Seiten, DM 19,80; öS 145,-; sFr 19,-
ISBN 3-87975-760-7

Autoren u.a.:

Uli Cremer war bis Januar 1999 Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden von Bündnis 90/Die Grünen. Er ist Initiator der GRÜNEN Anti-Kriegs-Initiative und Autor des Buches:



Dieter S. Lutz ist Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Reinhard Mutz ist stellvertretender Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und Mit-herausgeber des »Friedensgutachten 1999«.

Gerhard Stuby ist Professor für öffentliches Recht und wissenschaftliche Politik, Schwerpunkt Völkerrecht, an der Universität Bremen.

Der Krieg im Kosovo ist – in seiner aktuellen Zuspitzung – vorbei. Die NATO hat die Bombardements ausgesetzt, die Serben den Rückzug angetreten. Wann und wieviele der Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren, ist indes völlig offen. Geblieben ist ein wirtschaftlich und sozial um Jahrzehnte zurückgebombtes Jugoslawien.

Geblieben ist aber vor allem etwas anderes: Die versprochene Verhinderung der humanitären Katastrophe ist nicht eingetreten. Im Gegenteil. Die NATO hat sich auf den Weg zum Angriffsbündnis, zur Interventionsallianz begeben, und mit dem Einsatz gegen Jugoslawien die rote Linie überschritten. Damit sind Fragen aufgeworfen, denen die Autoren dieses Bandes nachgehen:

- Die »humanitäre Katastrophe«: Ist die Region befriedet oder droht schon der nächste Balkan-Konflikt?
 - Die neue NATO-Strategie: Was bedeutet sie für das Verhältnis Europa-USA? Und für den »Rest der Welt«?
 - Die Rüstungsindustrie: Wer hat verdient?
 - Die Kosten: Wer bezahlt den Krieg und die »Friedenstruppen«? Und wer den Wiederaufbau?
 - Die Umwelt-Katastrophe: Wie können die ökologischen und medizinischen Schäden begrenzt werden?
 - Das Versagen der »politischen Klasse«.
- Oder: Gab es wirklich keine Alternativen?

Kurztext:

Ist die Zeit nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien wieder nur eine Zeit vor dem nächsten selbstmandatierten Einsatz? Oder können diesmal andere Konsequenzen und Lehren gezogen werden?



gibts bei:

Buchhandlung
Probuch GmbH
Gögginger Straße 34
86159 Augsburg
Telefon: 08 21/57 91 73
Telefax: 08 21/57 91 77